

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

in dieser Woche haben wir unseren Wettbewerb „Sport in Deutschland – Aktiv für Integration und Demokratie“ ausgeschrieben. Hintergrund dafür ist unser Frühlingsempfang am 26. März, der unter dem Motto Sport stattfindet. Schließlich gibt es dieses Jahr drei große Sportevents: EM, Olympische Spiele und Paralympics. Zu dem Empfang laden wir Spitzensportler und Funktionäre ein, aber wir wollen natürlich auch den Breitensport würdigen. Darum gibt es diese Initiative, bei der wir drei Vereine auszeichnen wollen, die sich aktiv engagieren im Kampf gegen Extremismus, die sich für Integration einsetzen, die schlicht etwas sozial Außergewöhnliches leisten. Wenn du solch einen Verein kennst, fordere ihn auf, sich zu bewerben. Alle Infos wurden per Mail verschickt an alle unsere MdBs. Du findest sie aber auch hier: <http://www.spdfraktion.de/sport>.

Am Mittwoch hatten wir Besuch aus Tunesien und Ägypten. Mustafa Ben Jaffar, Vorsitzender der Verfassungsgebenden Versammlung Tunesiens, und Amal Abou Al Fadl von der Universität Kairo besuchten eine Diskussionsveranstaltung der Fraktion, die die Umbrüche in der arabischen Welt zum Thema hatte. Ben Jaffar schilderte mit eindringlichen Worten die Lage der Menschen in seinem Land nach dem Sturz des Diktators Ben Ali. Er sagte, dass die Menschen nun keine Angst mehr hätten, dass wir diese Botschaft mit in die Welt tragen sollen.

Er bat seine deutschen Freunde um Hilfe, denn natürlich hat sich dort noch keine funktionierende Demokratie etabliert, das aber brauche Zeit, gemeinsam mit den ausländischen Freunden in Europa aber könne das gelingen. Er ging auch auf das Vorurteil ein, dass durch den Sturz eines Herrschers extremistische Kräfte an die Macht kämen. Das sei falsch, im Gegenteil: Ein Diktator begünstige erst den Aufstieg solcher Extremisten. Er sei deren Wegbereiter, sagte Ben Jaffar.

Am Donnerstag nahm der Untersuchungsausschuss zur Neonazi-Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds seine Arbeit auf. Gemeinsam mit allen Fraktionen wollen wir lückenlos aufklären, wie es zu diesen beschämenden Mordanschlägen kommen konnte, welche Behörden wo versagt haben und was der Gesetzgeber auf Bundesebene womöglich verändern muss.

In einer Aktuellen Stunde haben wir über die Handlungsunfähigkeit der Regierung bei der Energiewende debattiert. Denn auch hier zeigt sich, dass politische Kundgebungen noch keine politischen Handlungen sind. Während immer öfter Stromnetzschwankungen auftauchen, beharken sich Ministerien über Zuständigkeiten. Dieses Regierungschao muss aufhören.

Mit herzlichen Grüßen

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, THOMAS FRIEBEL, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, JOHANNA TIGGES
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 10.02.2012 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02	TOP-THEMA: Diskussionsveranstaltung zum Arabischen Frühling	08	Soziale Lage der Filmschaffenden verbessern
04	Mittelmeerpolitik erneuern	08	Moderne Industriepolitik für morgen
04	Untersuchungsausschuss nimmt Arbeit auf	10	Gutachten zum Endlagersuchgesetz
05	Moderne Industriepolitik für morgen	11	Von der Bundesverkehrswegeplanung zur Bundesverkehrsnetzplanung
07	Regierung fährt Energiewende vor die Wand	13	Soziale Angebote für Studierende verbessern
08	Besserer Schutz durch Arbeitslosenversicherung	14	Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen

TOP-THEMA

Diskussionsveranstaltung: Ben Jaffar spricht über Euphorie und Ernüchterung in Tunesien

Genau ein Jahr ist es her, dass die Tunesier auf die Straßen gingen und gegen ihren Herrscher Ben Ali protestierten. Nach wenigen Tagen trat er zurück. Dieser Erfolg war das Startsignal für Aufstände in Ägypten, Libyen, Syrien und vielen anderen Ländern der arabischen Welt. Insbesondere junge Menschen forderten den Herrschaftswechsel und kämpften für bessere Lebensperspektiven. Doch nicht überall ist der Weg zur Demokratie und Stabilität einfach zu gehen: Ängste und Unruhen brechen sich noch vielerorts Bahn. In Berlin diskutierten hochrangige Vertreter aus den Umbruchländern mit SPD-Politikern und Wissenschaftlern. Welche Fortschritte wurden bislang beim Demokratieaufbau erreicht? Wie kann man die Länder unterstützen, in denen Wandel noch im Gang oder in weiter Ferne ist?

Die hochkarätig besetzte Veranstaltung im Reichstagsgebäude wurde von Dr. h. c. Gernot Erler, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, eröffnet. Er stellte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Panels vor: Dr. Mustafa Ben Jaffar, Vorsitzender der Verfassungsgebenden Versammlung Tunesiens, Prof. Dr. Amal Abou Al Fadl von der Universität Kairo, Loay Mudhoon, Chefredakteur qantara.de, Prof. Dr. Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Günter Glöser, Mitglied des Deutschen Bundestages, und Moderatorin Dr. Bettina Marx von der Deutschen Welle Hörfunk.

Vor rund 400 Gästen aus aller Welt hielt Ben Jaffar eine emotionsgeladene Rede über sein Land und die Reformbemühungen dort. Eine der Ursachen für die Revolutionen in Nordafrika war für ihn, „dass sich die Völker nicht an politischen Prozessen beteiligen konnten“. Gleichwohl sei der Volksaufstand in Tunesien eine „plötzliche Revolution“ gewesen: „Das war keine Partei oder bestimmte Gruppierung, das ging vor allem von Jugendlichen aus“, sagte Ben Jaffar. Die Arbeitslosenquote habe bei 10 Prozent gelegen, doch seien es besonders gut ausgebildete junge Menschen gewesen, die keine Perspektive hatten und deshalb aufbegehrten. Dazu gehörten auch Künstler, Kreative und der Mittelstand. Sie wollten ihre Würde zurück. Dass die Revolution erfolgreich gewesen sei, habe aber auch an der Nationalen Armee gelegen.

„Wir brauchen die Unterstützung unserer Freunde“

Sodann habe sich die Parole ‚das Volk will den Wechsel‘ im arabischen Raum verbreitet und verselbständigt. Ben Jaffar verhehlte nicht, dass nach dem Sturz des Diktators Wirtschaft und

Gesellschaft ersteinmal einen Einbruch erlebten. „Das ist aber normal, wenn sich Strukturen ändern; neue Rollen müssen erst gefunden werden“, erklärte er. Ben Jaffar, der übrigens auch Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Tunesiens ist, sieht dennoch eine Hürde auf dem Weg zur stabilen Demokratie: „Unsere wirtschaftliche Situation muss besser werden, dann bekommen wir auch ein friedliches Umfeld“.

Er appellierte mit energischen Worten an Europa. „Wir brauchen die Unterstützung unserer Freunde. Unser Volk will die Freiheit, wir haben keine Angst mehr.“ Er bat um die Hilfe und Anerkennung der europäischen Regierungen. Auch auf die Frage nach den radikalen Kräften, die sich in einigen Revolutionsländern auszubreiten drohen, antwortete er: „Es ist ein falscher Denkansatz, zu glauben, ohne autokratische Herrscher entstehe Extremismus. Nein, die Diktatoren haben den Extremismus erst herbeigeführt. Sie haben den Weg dafür bereitet“. Doch, fügte er an, die Gesellschaften würden sich von selbst verändern; für Extremisten bleibe dann kein Platz mehr.

In Richtung Frank-Walter Steinmeier sagte Ben Jaffar: „Sie waren immer unser Freund. Wir brauchen unsere Freunde in Deutschland. Wir haben uns befreien können von unserem Diktator, aber das hat Spuren hinterlassen, mit eurer Unterstützung schaffen wir es. Die Botschaft an die Menschen muss sein: Es gibt Hoffnung!“

Gemeinsam für die Demokratie arbeiten

Frank-Walter Steinmeier, Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag, erwiderte, dass Ben Jaffar „immer Mut und Größe gezeigt habe in den Monaten der Verantwortung“. Er habe sich nicht vorstellen können bei seinen früheren Reisen in die arabische Welt, dass dort derartige Aufstände entstehen würden. Aber er habe auch keine Opposition dort getroffen, die das habe kommen sehen. „Wir alle haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt“, sagte Steinmeier bei seiner Rede. Er kritisierte die Regierung von Syrien scharf und forderte einen sofortigen Stopp des Blutvergießens.

Mit Blick auf den arabischen Frühling, das geflügelte Wort für die Revolutionen, merkte Steinmeier an, dass er das Wort Frühling in dem Kontext nicht so gern sage, weil nach einem Frühling immer auch ein Herbst folge. „Wir brauchen einen nüchternen Blick, wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen sich nicht fragen, was ihnen Demokratie eigentlich bringt.“ Er bekräftigte: „Wir wollen den Weg mit Ihnen gehen, wir wollen helfen zu zeigen, dass der Weg, den Sie seit einem Jahr gehen, sich lohnt.“ Sein Vorschlag: „Sie sind unsere europäische Nachbarschaft, lassen Sie uns alle gemeinsam Bilanz ziehen und von morgen an gemeinsam für die Demokratie arbeiten!“

Amal Abou Al Fadl erzählte, dass es noch immer Angst gebe beim Thema Frauenrechte in Ägypten. Zwar seien Tabus im Zuge der Revolution gefallen – etwa der Jungfräulichkeitsnachweis – doch bei den Persönlichkeitsrechten von Frauen herrsche noch viel Nachholbedarf.

Günter Gloser schlug eine Bildungspartnerschaft für junge Menschen vor. Diese sollten nach Europa geholt werden, denn hier herrsche vielerorts Fachkräftemangel. Auch Gloser warb für wirtschaftliche Hilfen. „Diese Umbruchphase dauert eben, aber wenn wir Unterstützung leisten, haben alle etwas davon“.

Volker Perthes riet, statt mit Angst nun mit Freude voranzugehen; wenn ein Druckkessel explodiere, werde natürlich alles freigesetzt, eben auch Extremisten. Doch sollte diese Entwicklung zu einer pluralistischen Gesellschaft viel positiver gesehen werden. „Wir müssen Vorschussvertrauen geben. Wir müssen auf Politiker zugehen, die wir noch nicht kennen und ihnen eine Chance geben.“

Mittelmeerpolitik erneuern

Die Umbrüche in Nordafrika erfordern eine grundlegende Neugestaltung der deutschen und europäischen Mittelmeerpolitik. Die Region braucht einen Marshallplan für Demokratisierung und Modernisierung. In dem Antrag „Für einen Neubeginn der deutschen und europäischen Mittelmeerpolitik“ (Drs. 17/5487) fordert die Fraktion Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für eine erneuerte Zusammenarbeit mit den südlichen Mittelmeerstaaten einzusetzen.

Ein regionaler EU-Entwicklungsfonds soll demnach aufgebaut und Handelshemmnisse müssen abgebaut werden. Bei den erneuerbaren Energien sollen Europa und der Mittelmeerraum stärker kooperieren. Bei bilateralen Verträgen muss die EU auf die Einhaltung von Demokratie- und Menschenrechten achten. Der Aufbau der Zivilgesellschaft ist zu unterstützen und die Mittel für regionale Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen müssen aufgestockt werden. Bildungsmigration nach Europa und Deutschland soll erleichtert und die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik verstärkt werden. Bei Asyl- und Flüchtlingsfragen ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe das Ziel. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Europa muss es eine faire Teilung der Verantwortung zwischen den EU-Staaten geben.

Der Antrag wurde am 10. Februar im Plenum von den Regierungsfractionen und der Linken abgelehnt.

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

U-Ausschuss des Bundestages zur Neonazi-Mordserie nimmt Arbeit auf

An 9. Februar nahm der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ seine Arbeit auf. 2013 wird er seine Ergebnisse vorlegen. Gegenstand der Untersuchungen ist vor allem die Frage, wie sich Rechtsextremismus besser bekämpfen lässt, wo Bundesbehörden nicht ausreichend informiert wurden und inwieweit der Gesetzgeber auf Bundesebene tätig werden muss.

Auf der Pressekonferenz zum Ausschuss sagte die Obfrau der SPD-Fraktion, Dr. Eva Högl, dass ihre Fraktion engagiert an die Arbeit heran gehen werde. „Wir wollen lückenlos aufklären und Verbesserungsvorschläge erarbeiten. Das sind wir den Opfern und ihren Familien schuldig“, so Högl vor der Hauptstadt- und Bundespresse. Man werde sich auch nicht in Kompetenzstreitigkeiten mit der Bund-Länder-Kommission begeben. „Wir setzen uns mit den Kommissionsmitgliedern frühzeitig zusammen, und ich bin optimistisch, dass wir zu einer effizienten Arbeitsteilung finden werden.“

Zunächst gehe es in dem 11-köpfigen U-Ausschuss um die Sicherheitsarchitektur in Deutschland, die Organisation der Behörden und den Rechtsextremismus allgemein. Nach Ostern beginne dann die konkrete Aufklärung des Sachverhalts, die das Ziel habe, auf Bundesebene Verbesserungen durchzusetzen.

Sebastian Edathy, SPD-Innenexperte und Ausschussvorsitzender, sagte, es seien bis dato schon sieben Verfahrensbeschlüsse und 38 Beweisanträge einvernehmlich beschlossen worden. Das zeige, dass alle Fraktionen an einem Strang ziehen.

Doppelarbeiten vermeiden

Man werde, so Edathy, mit der Bund-Länder-Kommission und dem Thüringer Untersuchungsausschuss schon deshalb eng kooperieren, um Doppelarbeiten zu vermeiden.

Die Gefahr, dass Länderbehörden mauern bei der Zulieferung von Akten und Informationen sehe er nicht: „Das wird sich jedes Bundesland gut überlegen, ob es als Blockierer in der Öffentlichkeit dastehen will.“ Es gehe nicht zuletzt darum zu prüfen, was hätte Bundesbehörden an Informationen vorliegen müssen, was nicht vorlag.

Welche Rolle spielt Prävention?

Anhand der Akten, die beigezogen würden, arbeite sich der U-Ausschuss bei den Zeugen vor. „Wir wollen keine Showveranstaltung, bei der es nur darum geht, möglichst prominente Zeugen zu laden“, konstatierte Edathy.

Sönke Rix, Sprecher der AG Strategien gegen Rechtsextremismus, ergänzte, dass die Dramatik der Ereignisse in der Aufklärungsarbeit von besonderer Bedeutung sei. „Wir wollen auch prüfen, inwieweit Prävention künftig stärker eine Rolle spielen kann.“

WIRTSCHAFT

Konzeptpapier: Moderne Industriepolitik für die Arbeitswelt von morgen

Fast ein Viertel unserer Wertschöpfung wird in der Industrie erwirtschaftet. Zwei Drittel aller Arbeitsplätze hängen von der industriellen Produktion ab. Die SPD-Fraktion hat jetzt ihr Konzept zur Modernisierung des Industriestandorts Deutschland in den Bundestag eingebracht (Drs. 17/8572). „Wir brauchen eine Stärkung der realen Wertschöpfung und nicht der Finanzwirtschaft“, sagte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil in der Parlamentsdebatte.

Nicht zuletzt die großen internationalen Krisen der Jahre 2008 und 2010 haben gezeigt: Um Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern, führt an einer leistungsfähigen Industrie kein Weg vorbei. Gleichzeitig steht die deutsche Industrie vor grundlegenden Herausforderungen: Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz, Rohstoffverknappung und demografische Entwicklung sind Treiber eines Strukturwandels, der die Industrie verändern wird. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen darauf reagieren.

Integrierte Industriepolitik

Mit einem industriepolitischen Konzept will die SPD-Bundestagsfraktion den Diskurs über die notwendige Modernisierung voranbringen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Garrelt Duin, und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil erläuterten bereits bei der Verabschiedung des Konzepts vor zwei Wochen, was die Sozialdemokraten unter einer integrierten Industriepolitik verstehen: Integriert heißt für sie, dass die klassische Industrie nicht gegen die neue ausgespielt wird, oder umgekehrt. „Integriert bedeutet auch, dass wir mit einer Stimme sprechen“, betonte Garrelt Duin. „Wir sagen zur Wirtschaft dasselbe wie im Ortsverein oder zur Gewerkschaft.“

Es gehe um die Gestaltung der Arbeitswelt von morgen, dabei müssten die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen. „Hinter dem jüngsten Erfolg der deutschen Industrie stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ohne ihr Engagement in den Unternehmen und Betrieben wäre ein solcher Erfolg nicht möglich,“ heißt es in dem Industriekonzept. Industriepolitik müsse sich daher ebenso am Leitbild der ‚Guten Arbeit‘ orientieren, wie gute Arbeitspolitik am Leitbild einer innovations- und qualifikationsorientierten Industrie.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Die Stärke der deutschen Volkswirtschaft ist, dass sie als die vielleicht einzige in Europa noch das ganze Spektrum von den Grundstoffindustrien bis zur

Hightech-Schmiede umfasst. Um die Zukunft des Industriestandortes Deutschland zu sichern, machen die Sozialdemokraten konkrete Vorschläge.

Herausforderung Energiewende

Ein Impulsprogramm für Investitionen soll die Standortbedingungen für die Industrie verbessern. Die Infrastruktur soll ausgebaut und ein „intelligentes Energienetz“ geschaffen werden, das auf den Ausbau erneuerbarer Energien hin angelegt ist. Dabei müssten alle Beteiligten – Politik, Netzbetreiber, Energieerzeuger – im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern um Akzeptanz für Investitionen in Energieinfrastrukturprojekte werben.

Eine saubere, versorgungssichere und bezahlbare Energieversorgung sei eine der größten Herausforderungen, machte Hubertus Heil im Bundestag deutlich. „Die Art und Weise, wie diese Bundesregierung die Energiewende in diesem Land vor die Wand fährt, ist das größte Standortrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland,“ so Heil.

Qualität erfordert Bildung und Forschung, nicht Niedriglöhne

Zudem fordern die Sozialdemokraten eine schnelle Breitband-Internetverbindung für alle und bessere Verkehrsverbindungen. Um den drohenden Fachkräftemangel abzuwenden, schlägt die SPD-Fraktion eine Allianz aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik vor. Gemeinsam sollen sie die Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in jeder Lebensphase weiterbilden können.

Außerdem sollen mehr junge Menschen für ein Studium gewonnen und ausländische Fachkräfte stärker als bisher angeworben werden. Die SPD-Abgeordneten wollen den Missbrauch von Leiharbeit stoppen und den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen. Flächendeckend müsse ein Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt werden.

„Wir müssen in Deutschland auf die besten Produkte, Verfahren und Dienstleistungen setzen,“ so Hubertus Heil. „Das erreichen wir nur mit einer anderen Forschungs- und Qualifizierungspolitik, aber nicht mit immer niedrigeren Löhnen.“

Darüber hinaus fordern sie, die Versorgung mit Rohstoffen zu sichern und diese effizienter einzusetzen. Innovationen müssten gefördert werden, um den technologischen Fortschritt voranzutreiben. Unternehmensgründungen sollen erleichtert werden.

Schwarz-Gelb schafft neuen Reformstau

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Deutschland muss durch eine zukunftsorientierte Industriepolitik wieder besser regiert werden: Ein industriepolitisches „Weiter so“, wie es die Bundesregierung in ihrem Ende 2010 vorgestellten Konzept zur Industriepolitik präsentiert hat, wird den Herausforderungen nicht gerecht. „Sie erschaffen in Deutschland gerade einen neuen Reformstau,“ warf Hubertus Heil der Bundesregierung vor.

Er stellte klar: „Wir brauchen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa eine Stärkung der industriellen Basis unseres Kontinents.“ Das koste Geld. Deshalb sei das Aufkommen aus einer Finanztransaktionssteuer nötig, um ein europäisches Aufbauprogramm in den nächsten Jahren schultern zu können.

Es sei die Realwirtschaft, also die reale Wertschöpfung, die ein Land erfolgreich mache, stellte Heil klar. In Abwandlung des berühmten Satzes von Ex-US-Präsident Bill Clinton („It's the economy, stupid!“) müsse man im Zuge der Finanzkrise sagen: „It's the real economy, stupid!“

AKTUELLE STUNDE

Steinmeier: Regierung fährt Energiewende vor die Wand

Als die Aktuelle Stunde zur verfehlten Energiepolitik der Bundesregierung im Bundestag am 8. Februar auf der Tagesordnung stand, machten Meldungen vom deutschen Stromexport nach Frankreich die Runde. Das Atomland Frankreich mit 59 Meilern benötigte die Strommenge von 80 Atomkraftwerken. In Deutschland ist der von Atomkraftbefürwortern prognostizierte Black-Out trotz Minus-Temperaturen bislang ausgeblieben. Stromexporte aus Deutschland sorgten vielmehr dafür, dass bei unseren französischen Nachbarn nicht die Lichter ausgingen. Dennoch ist die Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung verheerend. Sie fährt die notwendige Energiewende vor die Wand, wie SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier ihr attestierte.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte die Energiewende mit dem Atomkonsens und dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeleitet. In der Großen Koalition waren die Sozialdemokraten der Garant dafür, dass der Weg fortgesetzt wurde. Mittlerweile tragen die Erneuerbaren Energien rund 20 Prozent zur Stromerzeugung in Deutschland bei. Rund 400.000 Beschäftigte arbeiten im Bereich der Erneuerbaren Energien, und Deutschland erreichte die Technologieführerschaft. All das setzt Schwarz-Gelb aufs Spiel.

Auf die doppelte Kehrtwende von Schwarz-Gelb folgt Stillstand

Schwarz-Gelb vollführte im Herbst 2010 ihre eigene Energiewende mit der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima, die bald ein Jahr zurückliegt, gab die Bundesregierung dem öffentlichen Druck nach, schaltete acht Atomkraftwerke ab und beschwor nun den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Frank-Walter Steinmeier warf der Bundesregierung in der Aktuellen Stunde vor, dass nach dieser „doppelten Kehrtwende“ zwar hehre Ziele formuliert wurden, doch seitdem „Schicht im Schacht“ herrsche. „Die Energiewende ist vor die Wand gefahren, bevor sie begonnen hat,“ sagte Steinmeier. Die Regierung missbrauche die Vorschläge ihrer eigenen Expertenrunde mit dem ehemaligen CDU-Umweltminister KlausTöpfer. Denn der hatte ihr aufgetragen, dass die Energiewende als zentrale Herausforderung begriffen und eng durch ein politisches und gesellschaftliches Monitoring begleitet werden müsse.

Schwarz-gelbe Uneinigkeit und Untätigkeit gefährdet Industriestandort

Seit Monaten blockieren Konflikte zwischen Wirtschaftsminister Rösler (FDP) und Umweltminister Röttgen (CDU) wie zum Beispiel zum EEG und zur Energieeffizienz-Richtlinie der Europäischen Kommission die Energiepolitik. Die Kanzlerin steuere nicht. „Es scheint nicht mal zu interessieren, was da vor die Wand läuft,“ stellte Steinmeier fest. Diesen Zustand beschrieb er für das Hochtechnologieland Deutschland als brandgefährlich. Die hochtechnologische Produktion wie in der Chemie und Metallurgie, von der unser Land lebe, funktioniere nur bei absolut schwankungsfreier Energieversorgung. Im Jahr 2011 seien 900 Eingriffe in die Stabilisierung des Netzes notwendig gewesen. Üblich war bisher fünf bis zehn.

Der Ausbau der Energienetze ist dringend notwendig, um den Strom von den Off- und Onshore-Windparks im Norden in den Süden Deutschlands transportieren zu können. Doch die Regierung treibt ihn nicht voran. Von geplanten 700 Kilometern in Schleswig-Holstein seien gerade einmal 30 gebaut. Wenn es in diesem Tempo weitergehe, sei das erforderliche Netz in 100 Jahren noch nicht fertig, sagte Steinmeier.

Durch den fehlenden Regulierungsrahmen würde auch der Bau von Gaskraftwerken, die Schwankungen im Netz ausgleichen könnten, wenn Sonne und Wind ausblieben, nicht stattfinden. Weil keine Investitionssicherheit bestehe. Für den Ausbau der Erneuerbaren Energien forderte Steinmeier eine „innovative Fortentwicklung des EEG mit neuen

energiewirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten und einer Synchronisation zwischen Netzausbau und Installation neuer Anlagen.“ Und gerade bei der für Netzausbau und Versorgungssicherheit so wichtigen Bundesnetzagentur leisteten sich Rösler und Röttgen nichts als Postengeschacher, bei dem es um Parteipolitik und nicht um fachliche Kompetenz ginge, sagte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber.

ARBEIT

Besserer Schutz durch Arbeitslosenversicherung

Jeder vierte Beschäftigte, der arbeitslos wird, hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I, sondern ist unmittelbar auf die Grundsicherung angewiesen. Die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung greift für sie nicht – obwohl sie regelmäßig Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Die SPD-Fraktion will das ändern und die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld I erleichtern.

Wenn Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer arbeitslos werden, müssen sie nach geltendem Recht im Lauf der vorangegangenen zwei Jahre (so genannte Rahmenfrist) mindestens zwölf Monate versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein, um Anspruch auf Arbeitslosengeld I zu haben. Erfüllen sie diese Voraussetzungen nicht, erhalten sie nur Leistungen der Grundsicherung.

Pro Monat fallen ungefähr 61.000 Menschen aus einer Beschäftigung heraus unmittelbar in den Grundsicherungs-Bezug, obwohl sie Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Davon betroffen sind vor allem Menschen mit instabilen Beschäftigungsverhältnissen, zum Beispiel wegen Befristung des Arbeitsverhältnisses, wegen einer Saisonbeschäftigung oder aufgrund eines Leiharbeitsverhältnisses.

Um die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung zu stärken, fordert die SPD-Bundestagsfraktion, die Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre zu verlängern. Das würde es vielen Beschäftigten erleichtern, einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I zu erwerben.

Darüber hinaus fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Sonderregelungen für kurzzeitig befristet Beschäftigte zu verlängern: Wer innerhalb der Rahmenfrist mindestens sechs Monate Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt hat, soll demnach mindestens drei Monate lang einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben.

KULTUR

Soziale Lage der Filmschaffenden verbessern

Im Vorfeld der diesjährigen Berlinale hat sich die Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion mit Vertretern der Filmschaffenden getroffen, um über deren soziale Lage zu sprechen. Im Mittelpunkt stand dabei der Vorschlag der SPD, in der Arbeitslosenversicherung die Regelungen für kurz befristet Beschäftigte zu verbessern. Ziel ist es, im Falle von Arbeitslosigkeit ein direktes Abgleiten auf das Niveau der Grundsicherung zu verhindern.

An dem Gespräch nahmen für die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di) der stv. Bundesvorsitzende Frank Werneke und Veronika Mirschel (Referat Selbstständige) teil, für den Bundesverband der Film- und Fernsehchauspieler e. V. (BFFS) Bernhard F. Störkmann (Justiziar), Marion Kracht und Hans-Werner Meyer, für den Interessenverband Deutscher

Schauspieler e. V. (IDS) die beiden Vorstandsmitglieder Irina Wanka und Alexander Osteroth sowie für die Bundesvereinigung der Filmschaffenden-Verbände e.V. die beiden Vorstandsmitglieder Regine Hergersberg und Reinhold Dienes.

Rahmenfrist verlängern

Im Mittelpunkt stand der Vorschlag der SPD, die so genannte Rahmenfrist zu verlängern und die Regelung für kurz befristet Beschäftigte weiterzuentwickeln. Die Initiative der SPD, die seit 2009 geltende und bis Ende Juli 2012 befristete Regelung für kurz befristet Beschäftigte zu verlängern, gleichzeitig aber anzupassen, wurde sehr positiv aufgenommen. Insbesondere die Film- und Fernsehschaffenden, aber auch in anderen Bereichen erlangen viele Beschäftigte aufgrund der kurzen Befristung ihrer Beschäftigung keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I, obwohl sie in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Fast ein Viertel von denen, die arbeitslos werden, fällt sofort auf das Niveau der Grundsicherung. Damit kann die Arbeitslosenversicherung ihre Schutzfunktion nicht mehr erfüllen. Der 2009 in der Großen Koalition gefundene Kompromiss hat kaum Verbesserungen gebracht. Das hat sich nicht nur durch die Monitoring-Berichte der Bundesregierung, sondern auch in verschiedenen Studien, unter anderem von Ver.di und den Verbänden der Filmschaffenden in der Zwischenzeit deutlich abgezeichnet.

Dieses Problem und mögliche Lösungen wurden mit den Vertretern der Film- und Fernsehschaffenden immer wieder diskutiert. Die zuständige Berichterstatterin Angelika Krüger-Leißner MdB hat sich gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Kultur und Medien dafür eingesetzt, eine entsprechende Antwort auf diese Fragen zu erarbeiten. Mit dem Antrag „Die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung stärken: Rahmenfrist verlängern – Regelung für kurz befristet Beschäftigte weiterentwickeln“ (Drs. 17/8574) schlägt die SPD-Bundestagsfraktion nun vor, den Zeitraum, in dem Ansprüche auf Arbeitslosengeld I erworben werden können, von zwei Jahren auf drei Jahre zu verlängern. Darüber hinaus soll die 2009 für kurz befristet Beschäftigte gefundene Regelung angepasst werden.

SPD fordert Anhörung zu neuen Regeln

Die SPD fordert eine Verlängerung der Regelung für kurz befristet Beschäftigte um drei Jahre mit der Maßgabe, dass der Anspruch auf Arbeitslosengeld I mindestens drei Monate beträgt, wenn innerhalb der Rahmenfrist Versicherungspflichtverhältnisse von insgesamt mindestens sechs Monaten vorliegen und damit die Anwartschaftszeit von sechs Monaten erfüllt wird. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld I beträgt vier bzw. fünf Monate, wenn Versicherungspflichtverhältnisse mit einer Dauer von insgesamt mindestens acht oder zehn Monaten vorliegen. Die übrigen Anspruchsvoraussetzungen der bisherigen Regelung und damit auch die bislang geltende Einkommensgrenze entfallen. Zugleich soll eine Evaluation feststellen, ob die Zielgruppe erreicht wird, welche finanziellen Auswirkungen die Regelungen haben, ob es Fehlanreize gibt und ob die neuen Regelungen nachvollziehbar und einfach anwendbar sind.

In dem Gespräch wurde aber auch deutlich, dass dieser Vorschlag sehr genau zu prüfen sein wird. Es sei daher richtig, die von der SPD geforderte Anhörung zu dieser Frage durchzuführen. Darüber hinaus müssten auch andere Aspekte der sozialen Absicherung von Film- und Fernsehschaffenden in den Blick genommen werden. Beispielsweise seien das tageweise Engagement von Schauspielern sowohl in der Arbeitslosenversicherung, als auch in der Kranken- und Rentenversicherung bislang nur unzureichend berücksichtigt.

Fragen der sozialen Sicherung von Kultur- und Medienschaffenden und Kreativen sind ein zentraler Punkt im Projekt Kreativpakt des Projektes Zukunftsdialog der SPD-Bundestagsfraktion. Die im Gespräch mit den Filmschaffenden aufgeworfenen Probleme werden im Kreativpakt bearbeitet werden, um zu weiteren konkreten Vorschlägen zu kommen: <https://zukunftsdialog.spdfraktion.de/>

UMWELT

Gutachten zum Regierungsentwurf für ein Endlagersuchgesetz

Am 9. Februar, dem Tag des Gesprächs zwischen Bund und Ländern über den zweiten Entwurf eines Endlagersuchgesetzes des Bundesumweltministeriums, stellte die SPD-Bundestagsfraktion das von ihr beauftragte Gutachten von Dr. Wolfgang Rennebach zum aktuellen Gesetzentwurf vor. Rennebach war langjähriger Leiter der Atomaufsicht im Bundesumweltministerium und leitet heute das Büro für Atomsicherheit. Gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion kritisierte er vor allem, dass Gorleben im Gesetzentwurf immer noch als gesetzter Standort für ein Endlager betrachtet wird und von der Prüfung auf Ausschlusskriterien befreit werden soll. Den Entwurf bewertet die SPD-Fraktion insgesamt als mangelhaft und nicht konsensfähig.

Mit dem Gesetzentwurf schaffe Umweltminister Röttgen (CDU) kein Vertrauen im Parlament und in der Bevölkerung, sagte die Sprecherin der SPD-Fraktionsarbeitsgruppe des Gorlebenuntersuchungsausschusses, Ute Vogt. Die Suche nach einem atomaren Endlager sei kein Thema für eine Wahlperiode. Ein Austausch mit den Ländern über die gesetzliche Regelung der Endlagersuche sei zwar richtig, doch das Parlament werde in den Prozess nicht einbezogen.

Umweltminister will „Gorlebenfindungsgesetz“

Die im Gesetzesentwurf vorgesehene Ethikkommission und ein neues Bundesinstitut lehnen die Sozialdemokraten und Dr. Rennebach ab. Das Institut solle die kritische Arbeit des Bundesamtes für Strahlenschutz in Fragen der Atomsicherheit aushebeln, kritisierte Vogt. Für die SPD-Bundestagsfraktion handele es sich bei dem Gesetzentwurf eher um „ein Gorlebenfindungsgesetz“. Den Standort Gorleben bezeichnete Vogt als „juristisch, politisch und geologisch tot“. Wenn Gorleben überhaupt mitbetrachtet werden sollte, dann müssten die gleichen Kriterien wie für die anderen Standorte und wissenschaftliche Genauigkeit gelten. Die SPD-Bundestagsfraktion werde das Gutachten von Dr. Rennebach in das Parlamentarische Verfahren einbringen, kündigte Vogt an.

Gesetzentwurf hebt atomrechtliche Schutzziele aus

„Der Entwurf leidet wie sein Vorgänger daran, dass die Suche nach dem bestmöglichen Endlagerstandort als etwas Neues dargestellt wird, was außerhalb des Verfahrens des bisherigen Atomgesetzes liege,“ heißt es im Gutachten. Damit würden die atomrechtlichen Schutzziele für die Standortauswahl inklusive Erkundung, Standortvergleich und Langzeitsicherheitsnachweis nicht gelten, sagte Rennebach. Das von Röttgen vorgesehene Bundesinstitut soll die Schlüsselfunktion einer Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde erhalten, die Kontrollmöglichkeiten des Parlaments seien dabei defizitär.

Darüber hinaus würden die Betreiber von der gesetzlichen Pflicht befreit, die Kosten für die Endlagersuche zu tragen. Eine öffentliche Finanzierung zu Lasten der Steuerzahler lehnt die SPD-Bundestagsfraktion ab. Auch die Europäische Union fordert verbindlich die Durchsetzung des Verursacherprinzips.

Die Öffentlichkeit soll nach Röttgens Gesetzentwurf nicht aktiv am gesamten Verfahrensprozess beteiligt werden. Ein Anspruch auf vollständige Akteneinsicht, das Recht auf unabhängige Sachverständige und eine kontinuierliche Verfahrensmediation sind nicht vorgesehen.

Gorleben muss als Standort ausscheiden

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch, sagte, dass in Gorleben nur ein Erkundungsstopp das Vertrauen der Bevölkerung wiederherstellen kann. Durch den

Untersuchungsausschuss lägen ausreichend Fakten auf dem Tisch, die deutlich machten, dass der Standort nicht in Frage komme. Deshalb müsse Gorleben als Referenzstandort ausscheiden.

Auch zahlreiche Umweltverbände und Initiativen lehnen Röttgens Gesetzentwurf ab und riefen zu Demonstrationen und Protestkundgebungen auf.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits am 24. Januar einen Beschluss zu „Grundsätzen und Eckpunkten eines Enlagersuchverfahrens“ vorgelegt. Nach diesem umfassenden Konzept, werden alle Verfahrensschritte in einem einheitlichen und schrittweisen Verfahren unter Geltung des Atomgesetzes durchgeführt. Es garantiert die Finanzierung der Endlagersuche durch die Betreiber, enthält keine Privilegierung für Gorleben, beinhaltet eine umfassende öffentliche Beteiligung und garantiert demokratische Kontrolle.

Zuvor hatte sich die SPD-Bundestagsfraktion umfassend mit den Verfahren in anderen Ländern auseinandergesetzt und im November ein Symposium mit internationalen Experten abgehalten.

VERKEHR

Von der Bundesverkehrswegeplanung zur Bundesverkehrsnetzplanung

Die Verkehrspolitik steht in Deutschland vor großen Herausforderungen. Dazu gehören Kapazitätsengpässe und Staus durch den wachsenden Güterverkehr, Verkehrslärm, die Verfehlung der Klimaschutzziele und der Verfall der vorhandenen Infrastruktur durch fehlende Unterhaltungsmaßnahmen. Diese Entwicklungen sind dramatisch. Denn gut ausgebaute Verkehrswege sind nicht nur die Voraussetzung für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, sondern sie sind auch die Basis der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands als Industrie-, Dienstleistungs- und Exportnation. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist mehr Geld allein nicht die Lösung. Sie fordert eine Reform der Verkehrspolitik in Deutschland.

Dazu hat die Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“ ein Dialogpapier mit konkreten Vorschlägen und 35 Fragen zur künftigen Gestaltung der Bundesverkehrswegeplanung vorgelegt. Ziel ist es, den Reformstau in der Verkehrspolitik zu überwinden und den Bau von Verkehrswegen wirtschaftlicher, umweltfreundlicher und bürgernäher zu gestalten.

In einem Werkstattgespräch am 6. Februar in Berlin mit rund 100 Vertreterinnen und Vertretern aus Verbänden, Wirtschaft, Bürgerinitiativen, Wissenschaft und sozialdemokratischer Landtagsfraktionen hat die SPD-Bundestagsfraktion das Dialogpapier diskutiert. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Infrastrukturpolitik am Leitbild einer in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht nachhaltigen Entwicklung ausrichten.

„Jeder wolle eine gute Infrastruktur, aber niemand wolle sie vor seiner Haustür,“ so beschrieb der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Florian Pronold, ein Grundproblem bei Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur in unserem Land. Deshalb streben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an, die Infrastruktur im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter zu entwickeln.

Klare Ziele, nationale Prioritäten, mehr Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort

„Verkehrspolitik darf nur das versprechen, was sie auch umzusetzen in der Lage ist,“ heißt es im Dialogpapier. Deshalb soll die Bundesverkehrswegeplanung zu einer

verkehrsträgerübergreifenden Bundesverkehrsnetzplanung umgestaltet werden. Sie soll anhand klarer Zielvorgaben nationale Prioritäten formulieren, die sich an der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit orientieren. Gleichzeitig sollen vor Ort neue Gestaltungsspielräume entstehen und mehr Bürgerbeteiligung ermöglicht werden.

Es soll nicht mehr darum gehen, Projekte isoliert zu betrachten, sondern das verlässliche Funktionieren des Verkehrsnetzes soll im Mittelpunkt stehen. „Der künftige Bedarf an Verkehrswegen soll sich aus einer Engpass- und Schwachstellenanalyse ableiten,“ erklärte der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sören Bartol. Die Beseitigung von Engpässen und der Ausbau stark belasteter Hauptachsen und Knotenpunkte sollen künftig Priorität haben. Auf dieser Grundlage sollen unterschiedliche Zielnetze entwickelt werden: z. B. mit unterschiedlicher Aufteilung der Mittel auf die Verkehrsträger und unterschiedlicher Schwerpunktsetzung wie Personen- oder Güterverkehr. Eines der Zielnetze soll nach öffentlicher Diskussion zur Umsetzung ausgewählt werden.

Verkehrsverlagerung muss finanziert werden

Wenn Verkehre z. B. von der Straße auf die Schiene verlagert werden sollen, müssen dafür auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, schreibt die Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“ in ihrem Dialogpapier. Außerdem soll der Grundsatz „Erhalt geht vor Aus- und Neubau“ in Zukunft stärker verfolgt werden. Die Grundlage dafür soll ein regelmäßiger und detaillierter Verkehrsinfrastrukturbericht liefern, den das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) dem Bundestag vorlegen muss. Ebenso soll vor jedem Neu- oder Ausbau von Verkehrswegen geprüft werden, ob sich die Kapazität der vorhandenen Infrastruktur durch eine optimierte Nutzung steigern lässt. Dazu zählen z. B. die telematische Verkehrslenkung oder die zeitweilige Freigabe von Standspuren.

Nationales Verkehrswegeprogramm auflegen

Für die im Zielnetz enthaltenen Verkehrsprojekte mit überregionaler Bedeutung und dem größten verkehrlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen soll ein „Nationales Verkehrswegeprogramm“ aufgelegt werden. Dafür sollen mindestens 80 Prozent der Aus- und Neubaumittel reserviert werden. Die Finanzierung soll nach dem Vorbild der Verkehrsprojekte deutsche Einheit (VDE) außerhalb der Länderquote erfolgen und auf fünf Jahre im Bundeshaushalt durch Verpflichtungsermächtigungen festgeschrieben werden.

Für die verkehrliche Erschließung in der Fläche sollen weiterhin 20 Prozent der Investitionsmittel zur Verfügung stehen. Dafür entfällt dort die Netzplanung, und es werden nur das Kosten-Nutzen-Verhältnis und die Umweltverträglichkeit geprüft.

Die Länder sollen mehr Gestaltungsspielräume erhalten. Die Landesministerien sollen letztendlich über die regional bedeutsamen Vorhaben und somit über 20 Prozent der Ausgaben entscheiden. Bislang entscheidet auch hier das BMVBS. Außerdem sollen die Länder mehr Freiräume bei der Verwendung der Mittel erhalten. Statt in Umgehungsstraßen zu investieren können auch der ÖPNV oder bestehende Ortstraßen ausgebaut werden, wenn der gleiche Entlastungseffekt kostengünstiger erreicht werden kann.

Außerdem sollen die Länder mehr Spielräume bei der Festlegung der Trassen erhalten – auch bei überregional wichtigen Verkehrswegen. Der Bund soll nur noch den groben Korridor und die zu schaffende Kapazität festlegen. Alles andere soll im Raumordnungs- oder Linienbestimmungsverfahren geklärt werden. Dadurch können Bürgerinnen und Bürger vor Ort über den Trassenverlauf mitentscheiden, der bisher bereits im Bundesverkehrswegeplan festgelegt wird.

Transparenz schaffen und Bürger von Anfang an beteiligen

Doch auch die Bundesnetzplanung soll nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden werden. Deshalb müssen zunächst alle Unterlagen im Internet öffentlich zugänglich sein.

Zudem muss die Öffentlichkeit Stellung nehmen können, bevor die Netzplanung mit den Ländern abgestimmt und im Bundeskabinett beschlossen wird. Somit entscheiden die Bürgerinnen und Bürger mit darüber, ob ein Verkehrsweg überhaupt gebaut wird und wie seine Trasse verlaufen soll. „Nur so lassen sich Lösungen finden, die möglichst vielen Interessen gerecht werden und Akzeptanz schaffen,“ bekräftigte Sören Bartol. Das Ergebnis der öffentlichen Beteiligung soll in einem Bericht an den Bundestag dokumentiert werden.

Zusätzlich zum Werkstattgespräch hat die SPD-Bundestagsfraktion Verbände, Unternehmen, Initiativen, wissenschaftliche Experten/innen, Landesverkehrsministerien und SPD-Landtagsfraktionen um schriftliche Stellungnahme zum Dialogpapier bis zum 15. März 2012 gebeten. Darüber hinaus, können alle Interessierten die Vorschläge und Fragen auf der Plattform <https://zukunftsdialog.spdfraktion.de/> debattieren, Kommentare zu den Vorschlägen abgeben, eigene Vorschläge machen und die Vorschläge anderer bewerten.

BILDUNG

SPD-Fraktion fordert Hochschulsozialpakt – Soziale Angebote für Studierende verbessern

Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich für bessere soziale Angebote an den Hochschulen stark. In dem Antrag „Soziale Dimension von Bologna stärken“ (Drs. 17/8580) fordern die Sozialdemokraten mehr Wohnheimplätze, Mensen und Kitas sowie Verbesserungen bei der Barrierefreiheit an den Unis. Die Bundesregierung soll dafür mit den Ländern einen Hochschulsozialpakt schließen. Er wurde am 9. Februar in den Bundestag eingebracht.

In dem Antrag geht es der SPD-Bundestagsfraktion um bessere soziale Rahmenbedingungen eines Studiums jenseits der Seminare und Vorlesungen: um günstiges, studienortnahes Wohnen, gutes und bezahlbares Essen, eine qualifizierte Studienberatung und andere Dienstleistungen.

In den zwischen dem Bund und den Ländern vereinbarten Hochschulpakten zum Ausbau der Studienplätze blieben diese sozialen Aspekte bislang unberücksichtigt. Mit der steigenden Zahl von Studentinnen und Studenten wächst aber auch der Bedarf an einer sozialen Infrastruktur an den Hochschulen.

Um diese sozialen Angebote für Studierende auszubauen, müssen Bund und Länder zusammenarbeiten. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb eine Änderung des Grundgesetzes, um das so genannte Kooperationsverbot in der Bildung aus der Verfassung zu streichen. Außerdem fordern die Sozialdemokraten eine Erhöhung des BAföG und vor allem der Freibeträge, um mehr Studierenden einen Anspruch auf Förderung zu geben.

Bund und Länder sollen einen Hochschulsozialpakt schließen. Dieser soll Vereinbarungen enthalten, um die Kapazitäten der Hochschulgastronomie sowie die Kinderbetreuungsangebote auszubauen, die Lernbedingungen für Menschen mit Behinderung zu verbessern und die Studentenwerke besser auszustatten.

INNERES

Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren – doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen

Seit mehr als zehn Jahren besteht in Deutschland ein so genanntes Optionsmodell: Wird ein Kind hier geboren und hält sich eines seiner Elternteile als Inhaber eines unbefristeten Aufenthaltsrechtes seit acht Jahren in Deutschland auf, erwirbt das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit neben derjenigen der Eltern. Doch mit 18 Jahren muss es sich zwischen der deutschen und der durch Abstammung erworbenen Zugehörigkeit entscheiden. Hat das Kind sich bis zum 23. Lebensjahr nicht entschieden, geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Diese Regelung, die von Rot-Grün 1999 als Kompromiss im Vermittlungsausschuss zwischen den Lagern eingeführt worden war und etliche Ausnahmen besitzt, wirft gravierende integrationspolitische und verwaltungspraktische Probleme auf. Außerdem wirkt sie integrationshemmend. Viele Jugendliche werden in Wahrheit aus der deutschen Staatsbürgerschaft herausgedrängt. Und das, obwohl die meisten der betroffenen Personen, unabhängig davon, welche Staatsbürgerschaft sie wählen, in Deutschland verwurzelt sind.

Loyalitätskonflikte

Vor allem: Was ist mit denen, die sich nicht entscheiden können, die einen Identitätskonflikt mit sich tragen, die nicht wissen, wohin sie gehören, sich verloren fühlen. Dieser Tatsache kann sich eine moderne Gesellschaft nach Ansicht der SPD rechtlich nicht verweigern. Die Lösung: Das Optionsmodell wird zugunsten eines konsequenten Bekenntnisses zur doppelten oder mehrfachen Staatsbürgerschaft hier geborener Kinder ausländischer Eltern abgeschafft. So steht es in einem Antrag der SPD-Fraktion, (Drs. 17/7654), den sie am 9. Februar in erster Lesung in den Bundestag eingebracht hat. Darin wird die Regierung aufgefordert, die Einbürgerungsvoraussetzungen zu erleichtern. Das soll vor allem für eine Absenkung der Voraufenthaltszeiten gelten, für Verbesserungen für Personen, die besondere Integrationsleistungen erbracht haben, für Lebenspartner Eingebürgerter und für die Anrechnung von Duldungszeiten.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>